



E-Government

Aktuelle Entwicklungen im kommunalen Bereich
St. Pölten, 01.10.2008

Ronald Sallmann



Themen

- E-Government-Fragebogenerhebung 2008
- E-Government-Arbeits- und Projektgruppen
- Leitinitiative des ÖStB:
„E-Government-Referenzstädte“
- Aktuelle interkommunale Kooperationsprojekte
 - Content Regional
 - amtsweg.gv.at
 - egora (ELAK Acta Nova Kommunal)



Auszüge aus einer aktuellen E-Government-Fragebogenerhebung Q1/2008

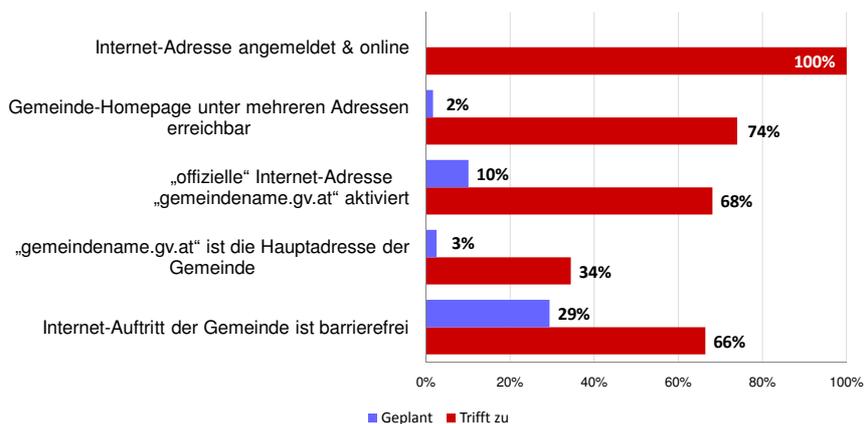
Erhebungsmethodik



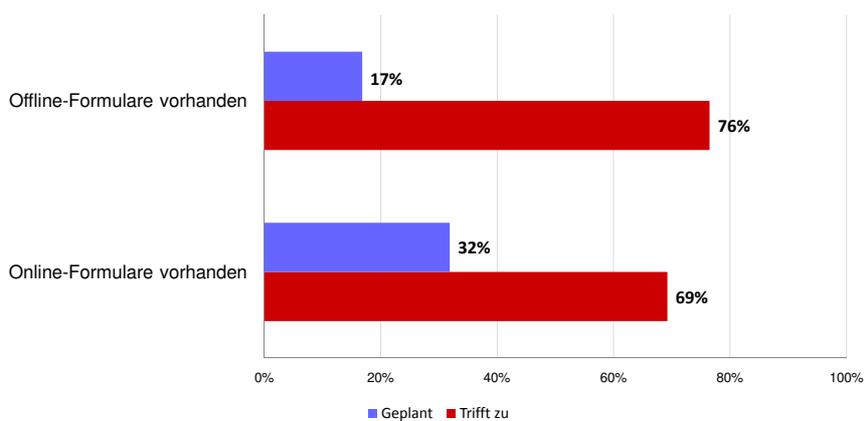
- 10 Themenbereiche
 - Internet, Ausstattung Front- und Back-Office, Einsatz von elektronischen Bezahlservice und elektronischer Zustellung/Übermittlung, Sonstige E-Government-Anwendungen, u. ä.
- Mehrheitlich geschlossene Fragestellungen
- Elektronisches Ausfüllen möglich

- 247 Adressaten
- Rücklaufquote: **48,18 %**

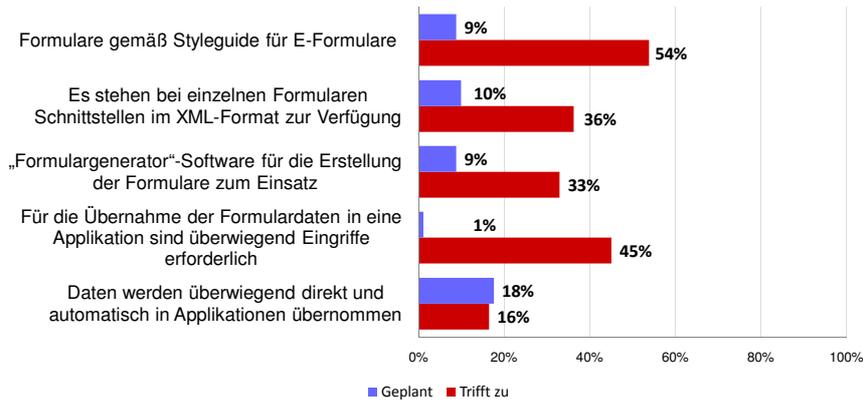
Internet-Präsenz und -Einsatz



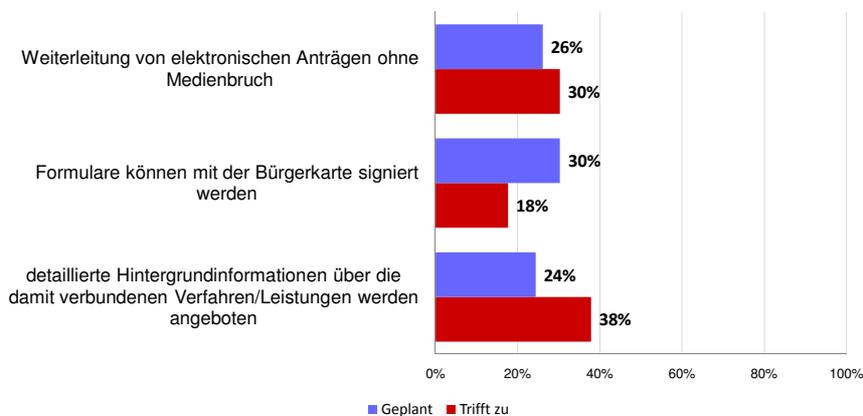
E-Formulare



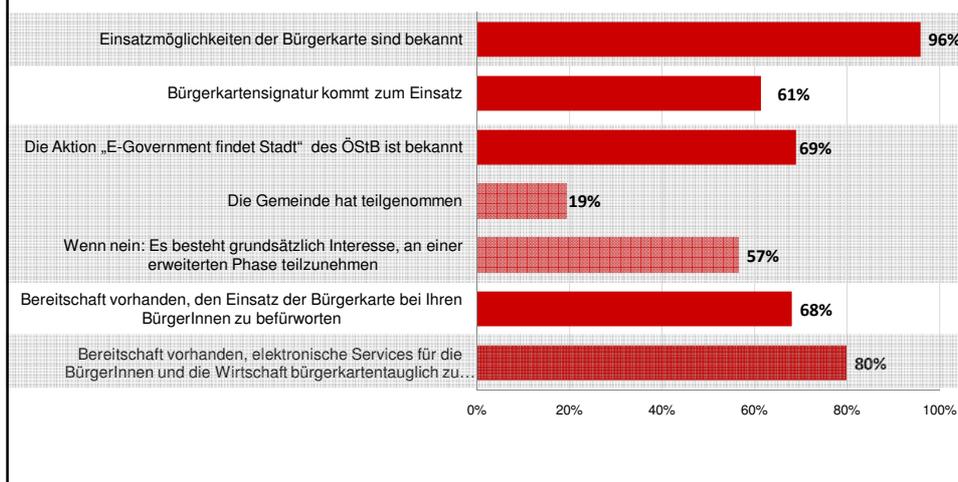
Online-Formulare I



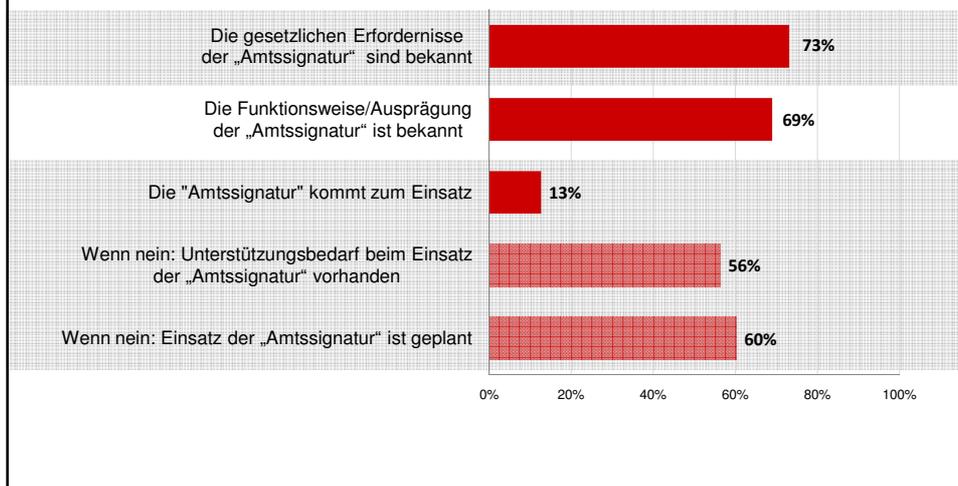
Online-Formulare II



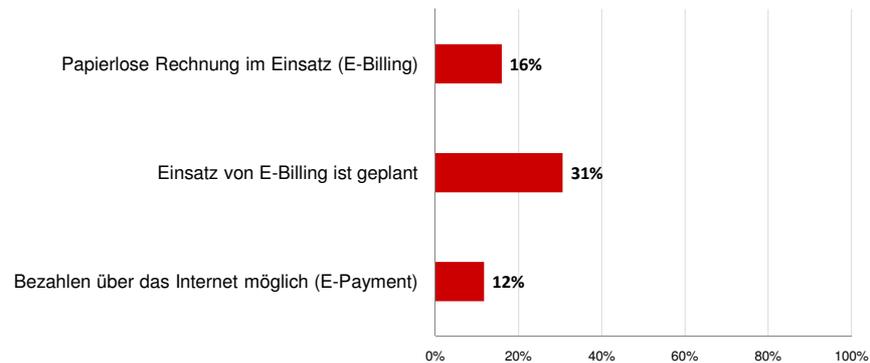
Einsatz der digitalen Signatur/Bürgerkarte



Einsatz der Amtssignatur



Einsatz von elektronischen Bezahlservices



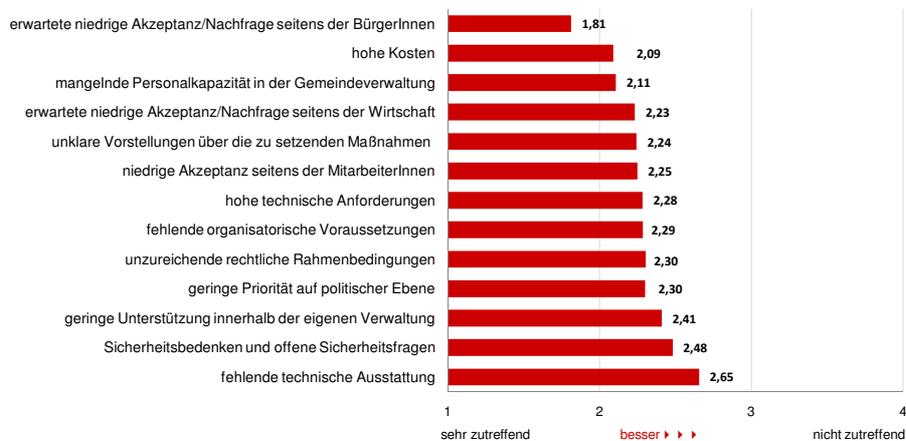
Einsatz der elektronischen Übermittlung/Zustellung



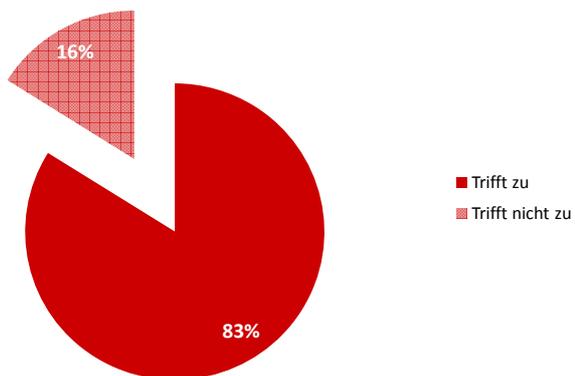
Erwartungen seitens der Gemeindeverwaltung in E-Government



Hindernisse bei der Einführung von E-Government in den Städten



Erfahrungsaustausch bei E-Government-Projekten erwünscht?



E-Government-Fragebogenerhebung des ÖStB, 04/2008, n=247, Antwortquote 47%



E-Government-Arbeits- und Projektgruppen **NEU**

Arbeits- und Projektgruppen



- Recht / Sicherheit
- Infrastruktur – Interoperabilität
- Präsentation / Standarddaten
- Integration / Zugänge

Projektgruppen (Auszug):

- Umweltinformation (frühere AG-UI)
- Democracy & Participation (frühere AG EDEM)
- elektronische Einkommensnachweise
- Amtssignatur
- Dienstleistungsrichtlinie-Umsetzung



E-Government-Referenzstädte Städtebund-Leitinitiative 2008-2010

Zielsetzungen der Leitinitiative



- *Unterschiedliche Referenzstädte* verteilt über Bundesgebiet
- *Universelle E-Government-Umsetzung* – nicht nur für einzelne Verfahren oder Städte
- *Replizierbare E-Government-Architekturen* - angepasst an verschiedene kommunale Anforderungen
- Aufbau von „*Good Practices*“ – vor Ort zu besichtigen
- Konformität zu österreichischen *E-Government-Anforderungen*
- Einsatz von *bewährten Lösungen und Services* aus bisherigen, vom Städtebund initiierten Projektinitiativen
- *Laufende Erweiterung* des Kreises an Referenzstädten

Eckdaten der Initiative



- 16 Referenzstädte, 1 Referenzregion
- Umsetzungszeitraum 2008 bis 2010
- Offizieller Startevent am 20. Juni 2008
- Abwicklung in Kooperation mit BKA
- 29 Arbeitspakete
- Förderung eines großen Arbeitspakets „Integration“ durch die FFG
- *Derzeit:* Planungstour in die Referenzstädte

Referenzstädte



- Wien
- NÖ: Neunkirchen, Schwechat, St. Pölten, Wiener Neustadt
- OÖ: Steyr, Wels
- Salzburg: Stadt Salzburg
- Tirol: Innsbruck, Lienz, Wörgl
- Kärnten: Villach
- Stmk: Bruck an der Mur, Fürstenfeld, Judenburg, Leoben
- „Referenzregion“ Kärnten (betreut durch GIZ-K)

Bereich Kommunale Internetplattform



- *Arbeitspaket „Evaluierung der kommunalen Internet-Auftritte“*
 - Evaluierung hinsichtlich Barrierefreiheit lt. E-Government Gesetz (WAI-A seit 01.01.2008) und Übergabe eines Prüfberichts
 - Überprüfen der Notwendigkeit einer Ablöse von E-Government-untauglichen Formularlösungen
- *Arbeitspaket „Nutzung des HELP-Angebots“*
 - Teilnahme am HELP-Partnerprogramm
 - Einbindung der Online Formulare aus dem HELP-Basispaket (rd. 25 Formulare auf Basis Bundesrecht)
 - Aufbau einer Antragsdaten-Schnittstelle zum kommunalen E-Formular-Service amtsweg.gv.at
 - Einbindung des Terminreservierungsservice von HELP
 - Einbindung und Nutzung der Content Syndizierung von HELP (Verfahrensbeschreibungen)

Arbeitspakete Kommunale Websites



- *Arbeitspaket „Content Regional“*
 - Kostenteilung im Rahmen von interkommunalen Kooperationsprojekten
 - Abstimmung der Verfahrensbeschreibungen mit Ländern;
 - Koordination mit amtsweg.gv.at-Formularen
- *Arbeitspaket „OSS-Muster-Webplattform für Kommunen“*
 - Gestaltung konform den österreichischen E-Government-Anforderungen (Definition von Lebenssituationen, Verfahrensbeschreibungen, etc.)
 - Barrierefrei nach WAI-A bzw. AA
 - Musterhafte Einbettung der verfügbaren HELP-Services
 - Musterhafte Einbettung der verfügbaren amtsweg.gv.at-Formulare

Bereich Eingangskommunikation



- *Arbeitspaket „Posteingangserfassungskonzept“*
 - Ausarbeitung und Darstellung eines Posteingangserfassungskonzepts (Möglichkeiten der elektronischen Posteingangserfassung inkl. Digitalisierung von Papierschriftstücken)
- *Arbeitspaket „Dokumentendigitalisierung“*
 - Aufbau eines „Showcase“ gemeinsam mit der Post AG zur Demonstration deren Dokumentendigitalisierungsservice in der kommunalen Praxis
 - Erhebung eines Mengen- und Typengerüsts vom Posteingang in den Städten

Bereich Eingangskommunikation



- *Arbeitspaket „Aufbau vollelektronischer Formulare“*
 - Aufbau von „Länderformularsammlungen“ bei amtsweg.gv.at
 - Übernahme und kostenlose Bereitstellung kommunaler Formulare, die von HELP.gv.at eingestellt werden
- *Arbeitspaket „Elektronische Erfassung der Eingangspost“*
 - Aufbau eines zentralen elektronischen Posteingangsbuchs
 - Einführung eines Systems zur ELAK-basierten elektronischen Erfassung von telefonisch oder mündlich angebrachten Anliegen (Elektronisches Bürgeranliegenmanagement)
 - Entwicklung von Schnittstellen für die Weitergabe elektronischer Eingangsdokumente an kommunale Fachanwendungen

Bereich Ausgangskommunikation



- *Arbeitspaket „Elektronische Zustellung/ Duale Zustellung“*
 - Erhebung der Ausgangsposttypen als Grundlage für Verhandlungen mit Druckstraßenbetreibern
 - Konzeption und Erstellung eines „Übermittlungsmoduls“
 - Nutzung von zugelassenen Zustelldiensten
 - Integration zu Druckstraßenbetreibern
 - Anforderungsgerechte Übernahme elektronischer Erledigungen zu speziellen Konditionen

Bereich Digitale Signaturen



- Arbeitspaket „Bürgerkarten-Signatur“
 - Bürgerkartensignaturmöglichkeit auf E-Formularen
 - Nutzung eines Signaturprüfservices (z.B. EGIZ-Modul)
 - Interne Nutzung der Bürgerkartensignatur (Varianten)
 - u.a. auch für SecClass-3-Anwendungen (z.B. EKIS)
 - Bürgerkartensignatur-Aktivierung für Verwaltungskunden in der Bürgerservicesstelle
- Einsatz der Amtssignatur
 - Aufbau eines Amtssignatur-Moduls (evtl. als egora-Modul)
 - Verwaltungsinterne Nutzung der Amtssignatur-NEU

Bereich Elektronische Aktenbearbeitung



- Unterstützung bei der Einführung eines ELAK-basierten Backoffice
 - Registratur (Eingangserfassung)
 - Protokollierung (Aktenzuordnung)
 - Vollelektronische Aktenführung
 - Verteilungs- und Weitergabemöglichkeiten
 - Elektronisch gestützte Erledigungen
 - Abfertigung (Genehmigung, Reinschrift, elektron. Versand)
 - Archivierung, Abschluss von Geschäftsfällen, Skartierung

Bereich Interne Datenintegration



- Interne Datenübergabe zwischen bzw. Datenübernahme von verschiedenen (Fach)anwendungen
 - Einmalige (und nicht redundante) Datenhaltung
 - Vermeiden von „Medienbrüchen“
 - Nutzung offener Schnittstellen/ Aufbau von Schnittstellen, wo dies erforderlich ist, vorrangig zu Anwendungen
 - des Finanz- und Haushaltswesen,
 - Steuern- und Abgabenverwaltung,
 - Bauwesen/ Feuerpolizei,
 - Gewerbe/ Anlagenrecht,
 - Stadt- und Raumplanung, GIS
 - anteilige Deckung der hohen Entwicklungskosten aus einer AT:NET – Förderung der FFG
 - Bedarfsorientierte Einzelprojektierung mit den Referenzstädten

Bereich Externe Datenbanken (Register)



- Nutzung eines Stammportals (z.B. egora-Stammportal)
- Nutzung der zentralen Register via Portalverbund
- Mitarbeit beim Aufbau neuer Register (z.B. Personenstands-Register)
- Konzept zu Aufbau und Einbindung verfahrensbezogener Multiregisterabfragen (soweit datenschutzrechtlich möglich)

Bereich Externe Anbindung(en)



- EDIKAT-II-konforme Übermittlung in ELAK-Systeme
 - Nutzung des EDIAKT-II-Standards für den behördenübergreifenden Aktenaustausch zwischen ELAK-Systemen
 - Unterstützung bei der Integration einer EDIAKT-II-Übermittlung in die ELAK-Systeme der Pilotstädte
 - Überprüfung von Möglichkeiten einer EDIAKT-II-konformen Übermittlung aus anderen Systemen in den Städten
 - Aufzeigen von Schnittstellen zu anderen Organisationen und Möglichkeiten der elektronischen Datenübergabe bzw. –übernahme

Bereich Elektronische Bezahlung



- Integration elektronischer Zahlungsformen
 - Konzeption von Möglichkeiten zum Aufbau alternativer elektronischer Zahlungsformen und Unterstützung bei deren Integration (Kosten: individuelle Integrationskosten in bestehende Systeme, Kosten des jeweiligen Zahlungsdiensteanbieters)
 - Erstellung eines Konzepts über mögliche Maßnahmen zur Steigerung der Quote an Einziehungsaufträgen bei kommunalen Gebührevorschreibungen und Möglichkeiten zur Verbesserung einer gebündelten Vorschreibung

Bereich Flankierende Maßnahmen



- Schulungsplan:
 - Ausarbeiten eines Schulungsplanes für die Referenzstädte und gemeinsame Umsetzung mit Unterstützung des BKA
 - Kosten: Räumlichkeiten, Pausenverpflegung, Unterstützung bei der Organisation
- Gütesiegel:
 - Beantragung des entsprechenden Gütesiegels je Stadt und je E-Government Maßnahme, die erfolgreich entsprechend den Gütesiegel-Anforderungen umgesetzt wurde



Aktuelle Interkommunale Kooperationsprojekte

Kooperationsprojekt „Content Regional“



- Bürgerfreundliche (= gut lesbare) Beschreibung von
Verwaltungsverfahren im übertragenen Wirkungsbereich der
Gemeinden
- Content wird pro Bundesland einmal zentral erstellt, zentral
auf einem Content Server bereitgestellt und laufend gewartet
- einfache technische Einbindung in die Website der Gemeinden
- Kommunalverwaltung kann Texte in bestimmten Blöcken an
eigene Bedürfnisse anpassen
- Projektstart mit NÖ. Städten, ÖStB-Landesgruppe NÖ. Und
Land NÖ. vorgesehen

Weitere Kooperationsprojekte



Kommunales E-Formularservice
„amtsweg.gv.at“

Kommunaler ELAK Acta Nova *Kommunal*
(im Rahmen der egora-Initiative)

Informationen und Kontakt



E-Government-Konsulent des ÖStB:

Dr. Ronald Sallmann

PuMa - Public Management Consulting

Nordbergstraße 6/9
1090 Wien

Tel: 0676 - 8484 2424 0

Fax: +43 (0)1-89 00 919-15

sallmann@public-management.at

